

3.18 Religion

Die Entwicklung des Zusammenlebens von Christen, Juden und Muslimen in Deutschland und religiöse Aspekte nehmen in der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion einen zunehmend höheren Stellenwert ein. Dies gilt auch für die Arbeit der agah. Themen, die sich mit der Gleichstellung der Muslime in Hessen befassen, nahmen auch im Berichtszeitraum großen Raum ein und lassen sich an der Vielzahl der bearbeiteten Themen ablesen.

3.18.1 Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ Anhörung „Kultur/ Religion“

Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/1172 vom 29. September 2009 und auf Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/1159 vom 29. September 2009, hatte der Hessische Landtag in seiner 22. Plenarsitzung am 6. Oktober 2009 die Einsetzung der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ beschlossen. Ziel der Arbeit der Enquetekommission ist die Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen für die anstehenden Herausforderungen in Hessen und die Entwicklung von Empfehlungen für das Landesparlament. Verschiedene Themenbereiche wurden von der Enquetekommission untersucht, darunter auch der Bereich „Kultur/Religion“. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah) war zur regelmäßigen Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen mit beratender Stimme eingeladen und hatte die Möglichkeit, in den Anhörungen ihre jeweilige Position vorzutragen.

In der Anhörung der Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen" (EKM) am 11.11.2011 zum Thema „Kultur/Religion“ verdeutlichte die agah, dass Religion und Kultur eine wichtige Rolle spielen, wenn es gilt, sich mit neuen Lebensverhältnissen vertraut zu machen, sich einzuleben und in einer fremden Umgebung Fuß zu fassen. Allerdings polarisiert das Thema „Islam“ die Menschen im hiesigen Raum. Viele Muslime beklagen eine mangelnde Anerkennungskultur und Diskriminierung aufgrund ihres Glaubens. Die Gestaltung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit ist spätestens in der neueren Geschichte Hessens fester Bestandteil jeglicher integrationspolitischer Überlegungen geworden. Der Islam ist nach dem Christentum die zweitgrößte Religion in diesem Land. Viele Zuwandere/innen stammen aus Ländern mit islamischer Tradition und Prägung; fast alle kamen als Arbeitsmigranten nach Hessen. Ihre Kinder leben inzwischen in der 2., 3. oder gar 4. Generation hier. Gerade junge Muslime engagieren sich zwischenzeitlich verstärkt in den muslimischen Organisationen und übernehmen dort Verantwortung. Dem Anliegen und grundgesetzlich garantierten Recht der Muslime auf freie Religionsausübung stehen vielfach noch immer Unwissenheit, Ängste und Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber.

Vor diesem Hintergrund ist es vordringlich wichtig, Misstrauen entgegenzuwirken und ein friedliches Miteinander der vielfältigen Glaubensrichtungen und weltan-

schaulichen Überzeugungen zu ermöglichen. Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Grundrecht auf freie Religionsausübung gewährleisten, Ausgrenzungen und Benachteiligungen vorbeugen und die Anerkennungskultur fördern. Dies liegt letztlich auch im integrationspolitischen Interesse des Landes.

Wichtig ist zunächst die Institutionalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Muslimen durch Bildung eines „Rats der Muslime“, der die legitimierte Vertretung der Muslime auf Landesebene und Ansprechpartner der Landesregierung für religiöse Angelegenheiten ist. Der „Rat der Muslime“, soll von den islamischen Gemeinden, die sich freiwillig in ein Landesregister eingetragen haben, in geheimer Wahl gewählt und innerhalb der Organisation ein Vorstand und ein Vorsitzender gewählt werden. Gerade kleineren islamischen Gemeinden stünde so die Möglichkeit offen, ihre Anliegen einzubringen.

Ein weiterer Schritt wäre die Einrichtung eines Forums „Islam“ auf Landesebene. Diesem Forum „Islam“ sollen Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Landtags, der agah, der Vorstand des Rats der Muslime sowie Islamwissenschaftler/innen und Theologen angehören. Aufgabe des Forums soll es sein, Konzepte und Vereinbarungen zu entwickeln, wie der Dialog zwischen Staat und den Muslimen verbessert, das Recht auf freie Religionsausübung gestaltet und garantiert, die Religionen in Hessen gleichgestellt und die Anerkennungskultur gestärkt werden können. Zudem sollen die nichtstaatlichen Vertreter im Forum die Landesregierung in politisch-religiösen Angelegenheiten beraten. Der von dem Integrationsministerium eingerichtete „Runde Tisch“ könnte die Rolle des Forums übernehmen, in dem die Aufgabenstellung des „Runden Tisches zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts“ erweitert würde. Zusammen mit dem „Rat der Muslime“ und dem „Forum Islam“ sollte dies zu einer dauerhaften Einrichtung im Integrationsministerium werden. Diese erweiterte Aufgabenstellung könnte auch umfassen: Beratung über die Angelegenheiten, die das Verhältnis zum Staat betreffen und mit dem Staat zu verhandeln sind. Weitere Aufgaben könnten sein: die gegenseitige Kontrolle, die Vertretung islamischer Interessen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, das Durchsetzen und Überwachen vom Staat vorgeschlagener Lösungen und die Übernahme der Verantwortung dafür. Der Staat sollte den islamischen Religionsgemeinschaften, die der Kammer angehören, den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts erteilen. Um in der Religionspolitik in Deutschland eine bessere Verständigung über mögliche Formen eines hiesigen institutionellen Islam zu entwickeln, ist es nötig, sich die Sozialstrukturen der Kirchen zu vergegenwärtigen und sie mit den Formen derzeitiger Organisationsstrukturen der hiesigen Muslime zu vergleichen. Ziel sollte nicht sein, die kirchlichen Organisationsformen auf den Islam zu übertragen und ähnliche oder deckungsgleiche Strukturen zu schaffen, sondern Konstruktionen auf Seiten des Staates und auf Seiten der islamischen Gemeinschaften zu kreieren, die sowohl den Spezifika der islamischen Religion entsprechen als auch eine dauerhafte und ergiebige Kooperation ermöglichen.

Der schulische Bildungsauftrag sollte der gesellschaftlichen Realität entsprechen. Universale Werte sollten nicht eingegrenzt werden. Die agah hat sich in ihrer Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zum Hessischen Schulgesetz ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass sicher gestellt sein sollte, dass humanistische Traditionen

erfahren werden und die Schülerinnen und Schüler lernen, nach ethischen Grundsätzen zu handeln, religiöse und kulturelle Werte zu achten sowie andere Kulturen kennen zu lernen und zu verstehen. Dies sollte in allen Schulformen und -stufen Anwendung finden. Im Islam haben Begriffe wie Gerechtigkeit oder die Wertigkeit der Gaben der Natur (Brot, Salz und Wasser) und Naturschutz eine große Bedeutung. Das Kennenlernen dieser Begriffe und Werte sollte im Rahmen des interreligiösen Dialogs frühzeitig beginnen und in beispielhafter Form erfolgen, und bereits kleineren Kindern ein spielerisches Erfassen ermöglichen.

In Hessen wird islamischer Religionsunterricht ohne jedes „wenn und aber“ gebraucht, denn die Einführung eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts für Muslime ist einer der wichtigsten Elemente für mehr Gleichstellung und Integration in Hessen und besitzt symbolhaften Charakter. Die Forderung nach Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches, eigenständiges Unterrichtsfach beinhaltet, dass der Unterricht in deutscher Sprache die Glaubensgrundsätze des Islam sowie religionskundliche Grundsätze vermitteln und die verschiedenen Rechtsschulen bzw. Ausprägungen und Richtungen des Islam vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung darstellen soll. Dabei soll die gegenwartsbezogene Vermittlung des Glaubens, die Betonung der Zugehörigkeit zur hiesigen Gesellschaft und die Erziehung zu Akzeptanz und Respekt im Vordergrund stehen. Die Lehrkräfte sollen in Deutschland ausgebildete islamische Religionspädagogen sein.

Dazu gehört es, einen eigenen Studiengang „Islamische Theologie und Pädagogik“ an einer Hessischen Hochschule einzurichten, der islamische Religionslehrer und Imame ausbildet. Die Einrichtung einer Stiftungsprofessur für islamische Religion an der Universität Frankfurt war ein richtiger und wichtiger erster Schritt, reicht aber bei weitem nicht aus. Ziel ist es, die Voraussetzungen für die Einführung des konfessionellen islamischen Religionsunterrichts in Hessen zu schaffen. Der begonnene positive Prozess zur Einführung eines konfessionellen Religionsunterrichts für Muslime ist deshalb konsequent fortzusetzen. Islamkunde kann keine Alternative, allenfalls Zusatzangebot sein, falls Schülerinnen und Schüler keinen bekenntnisorientierten Unterricht wünschen. Die fehlende juristische Anerkennung der muslimischen Glaubensgemeinschaften als Religionsgemeinschaften stellt einen wichtigen Hinderungsgrund für die fehlende Integration in vielen Bereichen dar. Nur damit können sie zu einem verbindlichen Gesprächs- und Vertragspartner für gesellschaftliche und staatliche Stellen werden. Viele Fragen, vom islamischen Religionsunterricht über ordentliche Seelsorge auch in öffentlichen Einrichtungen, die Möglichkeit, auch eigene Friedhöfe zu betreiben bis hin zum Schächten, könnten damit schneller und einfacher einer Lösung nahe gebracht werden. In der religionspolitischen Debatte der Bundesrepublik Deutschland tritt die Inkompatibilität der islamischen Sozialstrukturen mit den religionsrechtlichen Traditionen in den Vordergrund. Da die deutsche Politik bei der Behandlung religionspolitischer Angelegenheiten an die Repräsentanz- und Organisationsstrukturen der beiden Großkirchen gewöhnt ist, fällt es ihr naturgemäß schwer, sich auf die andersartige soziale Verfasstheit des Islam in Deutschland einzustellen. Allerdings wird daran kein Weg vorbeiführen, weil das Grundgesetz und die Landesverfassung kein detailliertes Modell für die Organisationsform von Religionsgemeinschaften vorschreiben.

Die zentrale Frage für die Regelung des institutionellen Verhältnisses von Staat und Islam ist also die Organisationsfrage. Die Organisationsstrukturen islamischer Religionsgemeinschaften sind dennoch nicht so fremdartig als man gemeinhin annimmt. In der Bundesrepublik Deutschland sind diese meist nach dem Vereinsmodell ausgerichtet; jedoch sind die muslimischen Migranten andere Formen gewöhnt. Die Mehrheit der hiesigen Muslime kommt aus der Türkei; das dortige System der islamischen Sozialstrukturen ist aber weder von der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften (Frankreich seit 1905) noch durch gesetzlich oder vertraglich geregelte Kooperation von beiden (Deutschland) bestimmt. In der Türkei sind die Religionsgemeinschaften rechtlich nicht selbstständig, d.h. sie existieren als rechtliche Größen nicht einmal; der Staat organisiert selbst und direkt die Religion durch die Anstalt für Religion (Diyanet). Dieses System der rechtlichen Beherrschung organisierter Religion durch den Staat ist nicht mit einem säkularen Staatssystem zu verwechseln, in dem der Staat die Religion nicht organisiert, sondern diese durch die Individuen - sei es individuell oder sei es in Form von Religionsgemeinschaften sich selbst organisieren lässt - auf Grund der Verfassungsgebote der Religionsfreiheit des Einzelnen und der Versammlungsfreiheit der Einzelnen. Der Staat kann dann im Nachhinein nach freiem Ermessen Zusammenarbeit mit und Erteilung von Privilegien an Religionsgemeinschaften beschließen. Die Muslime in der Türkei sind von Hause aus gewöhnt, dass die öffentliche Hand sich um die Religionsorganisation kümmert, wobei es allerdings einen großen privaten Spielraum nicht-staatlicher Religionsaktivitäten gibt, wie z.B. die Verehrung von Heiligen an ihren Gräbern oder die religiöse Betreuung durch frei gewählte Seelsorger und Lehrer (Pirs usw.).

3.18.2 Islam

3.18.2.1 Islamischer Feiertag

Religiöse Feiertage haben eine wichtige Wirkung für die Gemeinschaft. Sie geben Anlass für religiöses Beisammensein und ermöglichen familiäres und soziales Miteinander. Obwohl die kulturelle, religiöse bzw. weltanschauliche Diversität der Gesellschaft zunimmt, resultiert daraus keine offizielle Anerkennung - und damit Schutz - nicht-christlicher Feiertage als Freizeit. Beispielsweise existiert kein gesetzlicher islamischer Feiertag in Deutschland, an dem Schulen, Behörden und Geschäfte geschlossen sind. Allerdings garantieren Verordnungen den Schülerinnen und Schülern nicht-christlichen Glaubens Freistellungen an ihren jeweiligen höchsten Feiertagen. Auch in Hessen ist an einzelnen Tagen aus religiösen Gründen eine Befreiung vom Schulbesuch möglich.

Der Bitte der Fraktion von BÜNDNIS 90/Die Grünen im Hessischen Landtag an die agah, eine Rückäußerung zum Eckpunktepapier „Novellierung des Feiertagsgesetzes“ abzugeben, folgte die agah mit Schreiben vom 29. Juni 2012. Die agah erläuterte, dass es im Hinblick auf die Veränderung gesellschaftspolitischer Vorstellungen grundsätzlich eines der vorrangigen Ziele sein, auch die Bestimmungen des Feiertagsgesetzes der aktuellen Entwicklung anzupassen und veränderten Wünschen

Rechnung zu tragen. Dies betrifft insbesondere die Wünsche der Gruppe der Migrantinnen und Migranten. Ein besonderes Anliegen stellt der Wunsch nach Anerkennung der islamischen Feiertage dar. Bereits vor längerer Zeit hatte sich das agah-Plenum mit einem Antrag befasst, der sich auf die Anerkennung des islamischen Opferfestes als gesetzlichem Feiertag richtete (vgl. Jahresberichte 2006-2009). Zur Begründung des damaligen Antrags war vorgetragen worden, dass die ständig steigende Zahl deutscher Staatsangehöriger muslimischen Glaubens der Forderung nach Anerkennung des islamischen Opferfestes als gesetzlichem Feiertag nachhaltig Sinn verleihe. Der Bevölkerungsanteil der Menschen muslimischen Glaubens werde bei den Regelungen zu den derzeit bestehenden gesetzlichen Feiertagen nicht ausreichend berücksichtigt. Nicht zuletzt durch die stetig zunehmende Anzahl von Menschen muslimischen Glaubens in der Bundesrepublik Deutschland bestehe ein zahlenmäßig hinreichend ernst zu nehmender Bedarf. Argumentiert wurde auch damit, dass derzeit zwei Sorten gesetzlicher Feiertage bestehen: einerseits solche, die eine gesellschaftsorientierte Grundlage aufweisen und andererseits solche, die auf einer religiösen Grundlage beruhen. Im Hinblick auf die gesellschaftliche Motivation von gesetzlichen Feiertagen, gestützt auf den Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 GG und die religiöse Motivation von gesetzlichen Feiertagen, verbunden mit dem Grundrecht aus Art. 4 GG (Glaubensfreiheit) wurde die Einführung eines muslimischen Feiertages als gesetzlichem Feiertag befürwortet. Die genannten Grundrechte sind sogenannte Jedermannsrechte. Alle Staatsangehörigen können sich darauf berufen. Grundrechtsträger sind demnach auch alle muslimischen Glaubenszugehörigen, die sich in Deutschland aufhalten. Insofern bedürfe es einer Interessenabwägung unter Berücksichtigung des Gesamtbevölkerungsanteils mit muslimischem Glauben. Mit einer Anerkennung der islamischen Feiertage könnte die Lebenswirklichkeit der in Deutschland lebenden Muslime abgebildet werden. Damit würde der Dialog zwischen den Religionen gestärkt und über den Islam informiert. Auf diese Weise könnten religiöse Vorurteile abgebaut und ein Beitrag für ein besseres Verständnis und Miteinander aller Menschen, gleich welcher Religionszugehörigkeit, geleistet werden. Die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Glaubens würde vorangebracht. Für die Berücksichtigung und den besonderen Schutz der islamischen Feiertage und ggf. die Aufnahme eines dementsprechenden gesetzlichen Feiertages sprach aus Sicht der agah auch, dass -wie im Eckpunktepapier dargelegt- zumindest in einigen anderen Bundesländern jüdische Feiertage im Gesetz erwähnt und geschützt sind.

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau am 26.3.2013 äußerte sich der agah-Vorsitzende zu Feiertagen für Muslime ("Kein gleiches Recht im Ramadan").

3.18.2.2 Iftar Flughafen Frankfurt/Main

Die Anregung der agah bei Gesprächen mit Vertreter*innen der Fraport AG, einen Iftar-Empfang als Zeichen und Wertschätzung der muslimischen Mitarbeiter/innen einzuführen, hatte die Fraport AG aufgegriffen und 2009 erstmalig durchgeführt. Gerne folgten Vertreterinnen und Vertreter der agah auch in den Folgejahren den

Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen der Fraport AG und nahmen teil, so am:

11.08.2010	Fastenbrechen-Iftar, Fraport AG
01.08.2011	Fastenbrechen-Iftar, Fraport AG
20.07.2012	Fastenbrechen-Iftar, Fraport AG
08.08.2012	Abrahamische Feier am Frankfurter Flughafen
09.07.2013	Fastenbrechen-Iftar, Fraport AG
30.06.2014	Fastenbrechen-Iftar, Fraport AG
20.06.2015	Fastenbrechen-Iftar, Fraport AG

3.18.2.3 Bestattungsrecht und Islam

Ein weiteres Thema im Bereich Religion, mit dem die agah im Berichtszeitraum befasst war, war das Bestattungsrecht.

Am 19.09.2010 nahm ein Vertreter der agah am Vortrag "Tag des Friedhofs"- Es lebe der Friedhof - Ort des Begegnens (Veranstalter*innen: Evangelische und Katholische Kirche) teil.

Im agah-Aktionsprogramm „Integration“ trat die agah für eine Novellierung des Hessischen Friedhofs- und Bestattungsgesetzes ein. Im Islam ist eine sarglose Beerdigung - abhängig von der Beschaffenheit des Bodens - die Norm. Ein Sargzwang steht dem entgegen. Ausnahmen vom Sargzwang aus religiösen und weltanschaulichen Gründen müssen daher verbindlich vorgeschrieben werden. Weiterhin wurde im agah-Aktionsprogramm bei der Festlegung sowie der Gewährung von Verlängerungen der Ruhezeiten die Berücksichtigung der Freiheit der Religionsausübung verlangt und die Unterstützung der Einrichtung von Friedhöfen oder Friedhofsteilen, auf denen Menschen nach den Vorschriften des Islam bestattet werden können. Dabei soll auch die notwendige Infrastruktur bereitgestellt werden.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes und Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen nahm die agah am 17. Juli 2012 schriftlich Stellung und eine Vertreterin der agah nahm an der mündlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Friedhofs- und Bestattungsgesetz und Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Veranstalter*in: Innenausschuss des Hessischen Landtages) am 08.11.2012 teil.

Zu diesem Zeitpunkt waren in Hessen Bestattungen möglich, bei denen der Sargdeckel als Kompromiss abgenommen wird. Die Genehmigung erging jedoch im Rahmen einer Einzelfallentscheidung. Den Berichten zufolge, die der agah dazu zugehen, wurde auf örtlicher Ebene allerdings einer restriktiven Sichtweise der Vorzug gegeben.

Um sich über die Handhabung in den einzelnen Kommunen einen Überblick verschaffen zu können, führte die agah im Jahr 2012 eine Umfrage zum Friedhofs- und

Bestattungsrecht durch. Die Erfahrungen zeigten, dass in Hessen bei der praktischen Umsetzung von Bestattungen gemäß den islamischen Riten auf öffentlichen Friedhöfen häufig Schwierigkeiten zu verzeichnen waren. Dies setzte sich von der Anlage nach Mekka ausgerichteter Gräber bis zur der Frage fort, ob diese Gräber in eigenen Grabfeldern zusammengefasst werden können. In vielen der agah bekannten Fällen scheiterte eine - wenn auch grundsätzlich mögliche - Umsetzung vor Ort gänzlich. Die agah sprach sich in ihrer Stellungnahme daher dafür aus, dass auch in Hessen sarglose Beerdigungen verbindlich geregelt und in das Friedhofs- und Bestattungsgesetz aufgenommen werden. In einer pluralistischen Gesellschaft mit unterschiedlichen weltanschaulichen Wertvorstellungen und religiöser Vielfalt sollte diese Realität auch im Bestattungswesen berücksichtigt werden. Hierzu gehört es, die Rahmenbedingungen ggf. geänderten Bedürfnissen anzupassen und auf Wünsche der Migrantinnen und Migranten aus islamischen Ländern einzugehen. Aus Sicht der agah sollten auch in Hessen sarglose Bestattungen zugelassen werden bzw. Befreiungstatbestände für diejenigen eingeführt werden, deren religiöse Glaubensüberzeugung eine Sargbestattung nicht zulässt. Dies sollte in Form einer eindeutigen Regelung festgeschrieben werden. Dies dient letztlich auch der Vereinfachung des Verfahrensablaufs. Das Prinzip der Religionsfreiheit ist verfassungsrechtlich ein so hohes Gut, dass die Erfordernisse der Religionsausübung bei der Bestattung erfüllt werden müssen, sofern dem im Einzelfall keine anderen verfassungsrechtlich gleichrangig begründbaren Bedenken entgegenstehen.

Zu den Forderungen der agah gehörte auch, nach Mekka ausgerichtete Grabfelder vorzusehen, bei der Festlegung sowie bei der Gewährung von Verlängerungen der Ruhezeiten von Grabstätten die Freiheit der Religionsausübung zu berücksichtigen, und die Verkürzung der Bestattungsfrist zu ermöglichen, wenn Glaubensregelungen dies verlangen und eine ärztliche Bescheinigung einen Scheintod ausschließt.

Zum Inkrafttreten des geänderten Hessischen Friedhofs- und Bestattungsgesetzes zum 1. März 2013 gab die agah am 28.2.2013 die Pressemeldung "Aufhebung der Sargpflicht war längst überfällig!" heraus, in der sie die Möglichkeit begrüßte, aus religiösen Gründen ohne Sarg zu bestatten und appellierte an die Kommunen, sargfreie Bestattungen großzügig zuzulassen.

Am 04.12.2013 nahmen Vertreter der agah an dem Fachgespräch "Neues Bestattungsgesetz" (Veranstalter*innen: Stadt Dreieich, Stadt Neu-Isenburg, Friedhofszweckverband Kreis Offenbach, muslimische Gemeinden Neu-Isenburg) teil.

Die Umfrage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht bzw. der Umsetzung vor Ort wurde von der agah im Jahr 2014 wiederholt und die aktualisierten Ergebnisse der Umfrage den Ausländerbeiräten zur Verfügung gestellt. Am 26.11.2014 wurde von der agah die Fachtagung "Sarglose Bestattungen und muslimische Grabfelder - Möglichkeiten und Praxis in Hessen" in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, dem Ausländerbeirat Münster und dem Kreisausländerbeirat Darmstadt-Dieburg durchgeführt.

Zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes und Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen wurde die agah im Jahr 2018 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Zu dem Gesetzentwurf machte die agah am 17.05.2018 Ausführungen und legte darin dar, dass einer der wesentlichen Gründe dafür, dass Muslime im Todesfall in ihrem Heimatland beigesetzt werden wollten, bisher der Sargzwang war. Auch wenn sich dies geändert hat und die Bestattungsgesetze inzwischen sarglose Bestattungen ermöglichen, wollen nach wie vor manche der hier lebenden Muslime im Herkunftsland bestattet werden. Ein Grund für eine Überführung und Bestattung im Herkunftsland sind häufig die höheren Kosten für eine Beisetzung in Deutschland. Aber auch der Umstand, dass es in Deutschland keine unverfallbaren Gräber gibt und diese vielmehr nach Ablauf der Nutzungsdauer eingeebnet werden, trägt zu dem Wunsch bei, im Herkunftsland beigesetzt zu werden. Um eine Beisetzung im Herkunftsland durchführen zu können, muss zunächst die Überführung des Leichnams organisiert werden. Gemäß islamischem Ritus müssen Verstorbene binnen 24 Stunden (eigentlich sogar am Todestag) begraben werden. Eile ist ein religiöses Gebot. Bei Überführungen sind Ausnahmen zwar erlaubt, dennoch ist auch hierbei eine zügige Abwicklung wichtig. Die Überführung eines Verstorbenen über Staatsgrenzen hinweg verlangt dennoch eine große Anzahl an Behördengängen und Erledigung von Formalitäten. Um alle nötigen Papiere zu erhalten und die notwendigen Behördengänge vorzunehmen, ist viel Zeitaufwand erforderlich. Ohne Totenschein kann keine Sterbeurkunde ausgestellt werden, ohne Sterbeurkunde kein Überführungsschein, ohne Überführungsschein keine Frachtpapiere, ohne Frachtpapiere kein Flug. Die deutschen Bestattungsgesetze schreiben zunächst eine Mindestfrist von 48 Stunden zwischen Tod und Beisetzung vor. Diese Frist muss auch bei muslimischen Bestattungen in Deutschland eingehalten werden.

Die agah hat sich deshalb bereits in zurückliegenden Anhörungen dafür ausgesprochen, eine Verkürzung der Bestattungsfrist zu ermöglichen, wenn Glaubensregelungen dies verlangen und eine ärztliche Bescheinigung einen Scheintod ausschließt.

Die Durchführung einer zweiten Leichenschau wenn die Leiche an einen Ort außerhalb der Bundesrepublik Deutschland befördert werden soll, wie sie in Artikel 1 Nr. 6 (§ 10 Abs. 10 Zweites Gesetz zur Änderung des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes vorgesehen ist, macht dies unmöglich.

Zwar ist die Zielsetzung der Gesetzesänderung, die Qualität der Leichenschau zu optimieren, nachvollziehbar. Allerdings erscheint die praktische Durchführung bei einer Überführung in das Herkunftsland, bei der Eile geboten ist, um religiösen Geboten und Verpflichtungen genügen zu können, problematisch. Dies gilt umso mehr, als im Gesetzentwurf keine zeitliche Mindestfrist genannt ist, die zwischen den beiden Leichenschauen liegen müsste. Da die Person, die die erste Leichenschau durchgeführt hat, nicht die zweite Leichenschau vornehmen darf, könnte es dazu kommen, dass der maximale Zeitraum von 96 Stunden nach dem Eintritt des Todes, der bis zur Bestattung vergehen darf, benötigt wird.

Dies gilt umso mehr, als entsprechend viel ärztliches Personal für die Durchführung der zweiten Leichenschau benötigt wird und zur Verfügung stehen muss.

Grundsätzlich wird durch die Anordnung einer zwingenden zweiten Leichenschau auch die Kompetenz und Sachkenntnis der Person, die die erste Leichenschau durchgeführt hat, in Frage gestellt.

Am 07.06.2018 nahm eine Vertreterin der agah an der öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes teil.

3.18.2.4 Muslimische Seelsorge

Das agah-Aktionsprogramm „Integration“ beinhaltet Forderungen nach der Förderung der Seelsorge an Muslimen in öffentlichen Einrichtungen durch ein dem Militärseelsorgevertrag vergleichbares Abkommen für die Bundeswehr, für die Hessische Polizei und Gefängnisanstalten, mit Vereinbarungen analog derer zwischen dem Land Hessen und den Kirchen und in Krankenhäusern und Pflegeheimen durch Anregung und Förderung entsprechender Verträge und Infrastrukturen sowie der Unterstützung von Projekten zur Förderung des interreligiösen Dialogs und zum Abbau von interreligiösen Konflikten.

Mit der Situation von muslimischen Inhaftierten im Hessischen Strafvollzug setzte sich die agah in mehreren Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen auseinander (Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz und Jugendarrestvollzugsgesetz; vgl. im einzelnen 3.8.2). Die religiöse Betreuung Gefangener durch Seelsorger oder Seelsorgerinnen ihrer Religionsgemeinschaft ist in Art. 4 GG und in § 77 Abs. 1, 2 HStVollzG sowie § 24 Abs. 1 HUVollzG geregelt. Geistliche sind nach Bedarf in den Haftanstalten eingesetzt. Die evangelischen und katholischen Seelsorgerinnen und Seelsorger (Anstaltspfarrer) befinden sich im Dienst der jeweiligen Kirche. Sie stehen zur Haftanstalt in einem Rechtsverhältnis besonderer Art und unterliegen der Dienstaufsicht der Kirche.

Um einen Überblick über die Situation der muslimischen Seelsorge im Strafvollzug zu erhalten bat die agah auf Anregung der Kommunalen Ausländerinnen- und Ausländervertretung (KAV) Frankfurt/Main das Hessische Ministerium der Justiz am 06.11.2013 um Auskunft zu diversen Fragen. Nachgefragt wurde etwa, in welchen hessischen Justizvollzugsanstalten muslimische Seelsorge stattfindet, ob muslimische Gefangene von Seelsorgern ihrer Religionsgemeinschaft betreut werden und ob diese Seelsorger der jeweiligen muslimischen Glaubensrichtung des/der Gefangenen angehören und welche Ausbildung bei diesen Seelsorgern vorausgesetzt wird. Am 31.03.2014 wurde ein entsprechender Fragenkatalog der das Angebot muslimischer Seelsorge in Krankenhäusern, Palliativstationen und Hospizen in Hessen betraf, an das Hessische Sozialministerium gerichtet.

Im Mittelpunkt der agah-Delegiertenversammlung am 11.10.2014 stand das Schwerpunktthema „Muslimische Seelsorge in Hessen“ mit einem Vortrag von Gülbahar Erdem, Geschäftsführerin Muse e.V. (Muslimische Seelsorge in Wiesbaden) und von Rabia Bechari, Vorstandsmitglied von Salam e.V. (Muslimische Seelsorge in Frankfurt am Main). Beide Referentinnen zeigten in ihren Beiträgen auf, dass das Angebot einer muslimischen Seelsorge offenkundig sehr wichtig und notwendig ist. Deshalb seien die Rahmenbedingungen zu verbessern. Eine Professionalisierung seelsorgerischer Dienste müsse erreicht werden.

Bei den Veranstaltungen am 16.06.2015 "Mitarbeit in der muslimischen Krankenhausseelsorge", Abschlussfeier des Ausbildungskurses (Veranstalter*in: Salam e.V. Muslimische Seelsorge) und am 05.06.2016 Abschlussfeier Muslimische Seelsorge-Ausbildung (Veranstalter*in: Salam e.V.) war die agah vertreten.

3.18.2.5 Tagungsreihen

Tagungsreihe „Die Zukunft der Muslime in Deutschland“

Die dreiteilige Tagungsreihe war in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführt und von der Öffentlichkeit sehr positiv aufgenommen worden. Sowohl die wissenschaftliche Betrachtung und Diskussion als auch eine Bestandsaufnahme mit Vertreter/innen von Parteien und Verbänden standen im Mittelpunkt der Veranstaltungen. Eine Dokumentation der Tagungsreihe konnte aus finanziellen und organisatorischen Gründen erst im Jahr 2010 schlussendlich herausgegeben werden. Seitdem stehen die Beiträge und Redetexte in Buchform (Verlag P. Lang) zur Verfügung.

Tagungsreihe „Muslimische Stimmen in Hessen“

Im Jahr 2016 wurde die Idee einer Tagungsreihe mit dem Titel „Muslimische Stimmen in Hessen“ in der agah-Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog und Islam“ sowie deren Planung und Vorbereitung vorangetrieben (Sitzungen der Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog und Islam“ am 01.03.2016, 22.03.2016, 03.05.2016). Festlegung und grundsätzliche Absprachen im Zusammenhang mit der Tagungsreihe erfolgten in der Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog und Islam“.

In der Vorbereitungsphase wurde den Mitgliedern der agah-Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog und Islam“ im Sitzungstermin 01.03.2016 zunächst ein Überblick über die Konzeption der Tagungsreihe gegeben, die in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung (HLZ) durchgeführt wurde. Für das Jahr 2016 waren im Rahmen der Tagungsreihe drei Veranstaltungen vorgesehen. Eine Veranstaltung sollte vor, eine Veranstaltung nach der Sommerpause (Okt./Nov. 2016) stattfinden, die schlussendlich in Marburg, in der Wetterau und in Frankfurt durchgeführt wurden. Grundidee und Ziele der Tagungsreihe „Muslimische Stimmen in Hessen“ beinhalteten, einen Beitrag zum Dialog zwischen unterschiedlichen AkteurlInnen im Rahmen aktueller gesellschaftlicher Diskurse rund um den Islam in

Deutschland zu leisten. Um gegenseitige Ressentiments abzubauen, wird eine diskursive Auseinandersetzung über gesellschaftliche Macht- und Diskriminierungsstrukturen sowie eine Reflexion der aktuellen Diskurse benötigt, für die in den Fachtagungen eine Plattform für einen sachlichen Austausch verschiedener AkteurInnen und Communities auf Augenhöhe geboten werden sollte. Die Tagungsreihe bot Gelegenheit, sich gemeinsam mit ExpertInnen auszutauschen, zu einer Versachlichung der Debatte über Islam in Deutschland beizutragen, aber auch Muslimen und Musliminnen in der Öffentlichkeit eine hörbare Stimme zu geben.

Der erste Tagungsteil mit dem Titel #abblitzeroderexpresschecker - Junge Stimmen“, Fachtagung im Rahmen der Reihe "Muslimische Stimmen in Hessen" (Veranstalter*innen: agah-Landesausländerbeirat, Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) fand statt am 01.11.2016 in Bad Nauheim. Vorbereitungstreffen erfolgten am 02.05.2016 und 13.10.2016. Ziel der Tagung war es, jungen muslimischen Menschen eine hörbare Stimme zu geben. Im Mittelpunkt standen dabei Sprache und Identität aus der Perspektive junger Menschen muslimischen Glaubens. Religion und Freizeit, Vorbilder und Feindbilder, Vorurteile und Islamfeindlichkeit, Deutsch und muslimisch oder Schule und Beruf, die Jugendlichen bestimmten ihre Themen selbst und authentische Beiträge sollten mit ihrer Sichtweise zu einer Meinungspluralität beitragen und die Blickwinkel weiten. Die Tagung verfolgte aber auch das Ziel, notwendige gesellschafts- und bildungspolitische Folgerungen zu debattieren: Werden die Lebenswelten der muslimischen Jugendlichen in der Jugendpolitik angemessen berücksichtigt? Welche Veränderungen erwarten sie? Welche Konsequenzen brauchen wir für die Jugendarbeit vor Ort und auf Landesebene? Die Tagung richtete sich sowohl an Jugendliche als auch an Jugendarbeiter_innen, Lehrer_innen, Erzieher_innen und die interessierte Öffentlichkeit. Am 02.11.2016 wurde über die Tagung in der Presseberichterstattung der Frankfurter Rundschau mit dem Titel "Junge Muslime erheben die Stimme" zur Fachtagung „#abblitzeroderexpresschecker - Junge Stimmen“ berichtet.

"Radikalisierung muslimischer Jugendlicher – Prävention durch Empowerment“ war Titel des zweiten Teils der Fachtagungsreihe "Muslimische Stimmen in Hessen" (Veranstalter*innen: agah-Landesausländerbeirat, Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ), Kompetenzzentrum muslimischer Frauen e. V., in Kooperation KAV-Frankfurt, Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt). Zur Vorbereitung der Fachtagung waren Treffen am 17.05.2016 und 13.10.2016 erforderlich. Die Fachtagung "Radikalisierung muslimischer Jugendlicher – Prävention durch Empowerment“ richtete sich an Erzieher_innen, Lehrer_innen, im Sozialbereich Tätige wie Jugendarbeiter_innen, Sozialarbeiter_innen, Jugendkoordinator_innen, Vorstände, Moscheevereine, Imame, Eltern, Jugendliche, Studierende, politisch Verantwortliche und Interessierte, Polizei und fand statt am 05.11.2016 in Frankfurt/Main. Wie lässt sich die Radikalisierung von in Deutschland geborenen und heranwachsenden Jugendlichen im Vorfeld verhindern? Und wie können bereits radikalisierte Jugendliche zurückgewonnen werden? „Salafisten“, „Daesch (IS)“, „Dschihad“, „Gewalt und Terror“, „Gesellschaftliche Polarisierung“ sind Schlagwörter, die die Öffentlichkeit beschäftigen und Ängste schüren. Die Fachtagung "Radikalisierung muslimischer Jugendlicher - Prävention durch Empowerment" sollte einen Beitrag zur Diskussion in Hessen leisten und neue Perspektiven aufzeigen, um

die Radikalisierung muslimischer Jugendlicher nicht nur aus der Sicherheitsperspektive zu betrachten und mit repressiven oder reaktiven Maßnahmen zu begegnen. Vielmehr sollten Strategien vorgestellt werden, die notwendigen Maßnahmen der Repression und Intervention um eine pädagogische Arbeit der gezielten Prävention im Vorfeld von Radikalisierung zu erweitern und zu ergänzen. Am 07.11.2016 wurde die Veranstaltung in der Presseberichterstattung der Frankfurter Rundschau mit dem Titel "Mit Demokratie gegen Salafismus" zur Fachtagung „Radikalisierung muslimischer Jugendlicher – Prävention durch Empowerment“ gewürdigt, ebenso in der Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit dem Titel "Islamismus vorbeugen, aber wie?" am gleichen Tag.

Ziel des dritten Teils der Tagungsreihe „Muslimische Stimmen in Hessen“, die Fachtagung „Selbstverortung emanzipierter muslimischer Frauen in Deutschland“, war es, muslimischen Frauen eine Stimme zu geben, um ihren Weg der Emanzipation darzustellen. Im Zuge der Beschreibung der Lebenssituation emanzipatorisch-feministisch orientierter Musliminnen im von ihnen beanspruchten öffentlichen Raum wurde deren kaum auflösbares Dilemma aufgezeigt. Demnach werden im Zuge ihrer Emanzipationsbestrebungen von unterschiedlichen Kreisen Rollenassoziationen konstruiert und zugeschrieben, mit denen einerseits assoziativ von einem von patriarchalen Mächten unterdrücktes Opfer, bzw. einer von fundamentalistisch-islamistischen Interessen geleiteten Aktivistin ausgegangen wird, während andererseits aus der orthodoxen Glaubensperspektive tendenziell vermutet wird, es handle sich bei diesen Frauen um Ungläubige, die von religionsfeindlichen westlichen Ideologien verführt wurden. Die Tagung "Selbstverortung emanzipierter muslimischer Frauen in Deutschland" aus der Tagungsreihe "Muslimische Stimmen in Hessen", (Veranstalter*innen: agah-Landesausländerbeirat, Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) wurde am 28.09.2016 in Marburg durchgeführt. Vorbereitungsstreffen fanden am 21.04.2016 und 06.09.2016 statt. Neben dem Referat „Die Frauenbewegung muslimischer Frauen in Deutschland“, in dem ein umfassender Überblick über unterschiedliche Organisationen von und für muslimische Frauen in Deutschland geboten wurde, nahmen in der Fachtagung in einer Diskussionsrunde mit Expertinnen über Rollenbilder und Selbstdefinitionen muslimischer Frauen Dr. Naime Cakir, Institut für Studien der Kultur- und Religion des Islam, Goethe-Universität Frankfurt/Kompetenzzentrum Muslimischer Frauen e.V., Emel Zeynelabidin, Kommunikationsmanagerin, Ouassima Laabich, UN Society Marburg e.V. und Asmah El Shabassy, Verantwortliche für den sozialen Bereich und Empowerment von Mädchen in der Islamischen Gemeinde Marburg teil. Die Tagung richtete sich insbesondere an Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes, Mitglieder kommunaler Ausländerbeiräte, muslimische Frauen, aber auch an alle sonstigen Interessierten.

Im Rahmen der Nachbetrachtung der Tagungsreihe wurde in einer Arbeitsgruppensitzung der agah-Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog und Islam“ am 22.11.2016 festgestellt, dass alle drei Veranstaltungen ein sehr diverses Veranstaltungsformat hatten, was aber durchaus zur Reihe und dem Ansatz passte. Als besonders innovativ wurde das Veranstaltungsformat der Tagung am 01.11.2016 bewertet. Die Ergebnisse der Tagungsreihe wurden in einer Broschüre dokumentiert. (Vgl. Kap. 2.4.13).

3.18.3 Judentum

Seit Jahren engagieren sich Ausländerbeiräte für ein friedliches Miteinander aller Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen und Religionen.

Den Bericht über einen Angriff auf einen Rabbiner in Offenbach verurteilte die agah in einer Pressemeldung am 05.06.2013. Auf den offensichtlich antisemitischen Vorfall reagierte der agah-Vorsitzende mit Betroffenheit und bezeichnete ihn als eine Attacke auf das friedliche Zusammenleben aller. Juden, Christen und Muslime werden Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nicht dulden. Es sei aber auch ein Signal, wachsam, aktiv und auch öffentlich für Respekt, Toleranz und Menschenwürde einzustehen.

3.18.4 Interreligiöser Dialog

Als interreligiöser Dialog und Dialog der Religionen wird ein von Religions-Repräsentanten angestrebter, gleichberechtigter, respektvoller aber auch kritischer Meinungsaustausch bezeichnet.

Die agah stand im Berichtszeitraum mit Vertretern der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften in Kontakt und ein kontinuierlicher Austausch fand ausweislich der folgenden Termine statt:

- 14.04.2010 Ahmadiyya Muslim Jamaat in Deutschland e.V., Gespräch
- 11.05.2010 DITIB-Landesverband Hessen, Gespräch mit dem Vorsitzenden
- 22.04.2010 Gespräch mit Prof. Valentin, Islambeauftragter
- 05.07.2011 Kommissariat der Katholischen Bischöfe, Gespräch mit dem Leiter des Kommissariats
- 29.08.2012 Ahmadiyya Muslim Jamaat in Deutschland e.V., Gespräch mit Vertretern
- 14.04.2014 Ahmadiyya Muslim Jamaat in Deutschland e.V., Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden
- 31.03.2015 Ahmadiyya Muslim Jamaat in Deutschland e.V., Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden
- 21.05.2015 Kommissariat der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen, Gespräch mit dem Leiter des Kommissariats

Deutsches und Hessisches Islamforum

Das Deutsche Islamforum und Islamforen in den Ländern sind bzw. waren Gesprächsforen zwischen Muslimen, nicht-muslimischer Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen auf Bundes- und auf Länderebene. Am 25.2.2010 fand in Frankfurt am Main eine Tagung des Hessischen Islamforums statt und am 24.5.2011, ebenfalls in

Frankfurt am Main die Kooperationsveranstaltung "Chancen und Risiken. Religionspolitische und gesellschaftspolitische Dimensionen der arabischen Revolution". An beiden Terminen nahmen Vertreter der agah teil, ebenso am 27.06.2012 an der Diskussionsveranstaltung "10 Jahre Deutsches Islamforum - Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft" (Veranstalter*in: Karl Konrad und Ria Groeben Stiftung).

Das Hessische Forum für Religion und Gesellschaft (HFRG) löste das 2003 begründete Hessische Islamforum ab und führte den Dialog fort. Im Hessischen Forum für Religion und Gesellschaft (HFRG) besteht für die in Hessen vertretenen Religionsgemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und politischen Institutionen die Möglichkeit einer Vernetzung untereinander. Auch wechselseitige Information ist vorgesehen sowie die Möglichkeit, sich mit gesellschaftlichen, politischen und religiösen Themen des Landes zu befassen. Insbesondere soll das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen und die Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und Gewalt sowie der interkulturelle Dialog (um Ängste und Vorurteile abzubauen) gefördert werden. Die konstituierenden Sitzungen zur Gründung des HFRG fanden am 18.12.2012 und am 11.06.2013 statt. Der agah-Vorsitzende nahm daran teil.

Weitere Treffen des HFRG im Berichtszeitraum, in denen die agah vertreten war, fanden statt am:

- 18.12.2012 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Sitzung, Wiesbaden
- 11.06.2013 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Sitzung, Wiesbaden
- 28.11.2013 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Mitgliederversammlung, Frankfurt am Main
- 24.03.2014 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Mitgliederversammlung, Frankfurt am Main
- 03.07.2014 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Mitgliederversammlung, Frankfurt am Main
- 09.10.2014 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Mitgliederversammlung, Frankfurt am Main
- 16.06.2015 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Mitgliederversammlung, Frankfurt am Main
- 11.12.2015 Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Mitgliederversammlung, Frankfurt am Main
- 14.12.2015 "Migranten als Wirtschaftsmotor?! Aktuelle Herausforderungen der Politik", Informationsveranstaltung, Hessisches Forum für Religion und Gesellschaft, Frankfurt am Main

Interkultureller Rat

Im Interkulturellen Rat hatten seit seiner Gründung im Jahre 1994 Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität sowie aus vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Religionsgemeinschaften, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen, Kommunen und staatlichen Stellen, Medien, Wissenschaft und Sport zusammen gearbeitet. Wegen fehlender finanzieller Mittel wurde der Interkulturelle Rat in Deutschland e.V. am 19.7.2017 einstimmig aufgelöst. Projekte des Interkulturellen Rates wurden rechtlich selbständig in der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus und im Abrahamischen Forum in Deutschland e.V. überführt. Von der Groeben-Stiftung werden die Abrahamischer Bildungsforen und -Teams bzw. ähnliche Vorhaben (Abrahamische Bildungsprojekte, Abrahamische Feste und Feiern in Synagogen, Kirchen, Moscheen) gefördert.

Vertreter der agah nahmen im Berichtszeitraum regelmäßig an den Mitgliederversammlungen des Interkulturellen Rats und an Veranstaltungen des Interkulturellen Rats teil:

23.03.2010

"Politische Partizipation jetzt - Demokratie braucht jede Stimme!", Podiumsdiskussion, Veranstalter*in: IG Metall - Ressort Migration in Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Rat in Deutschland

06.02.2011

"10 Jahre Abrahamisches Forum in Deutschland - Dialog und Kooperation", Feier, Veranstalter*in: Interkultureller Rat in Deutschland

18.05.2011

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

15.11.2011

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

24.04.2012

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

27.11.2012

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

23.04.2013

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

20.02.2014

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

20.05.2014

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

12.09.2014

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

14.09.2014

Interkultureller Rat in Deutschland, 20-jähriges Jubiläum und Start der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

14.12.2015

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

10.05.2016

Interkultureller Rat in Deutschland, Mitgliederversammlung

24.11.2016

Interkultureller Rat in Deutschland , Mitgliederversammlung

19.07.2017

Interkultureller Rat in Deutschland, Sitzung

Interkulturelle Woche

Die bundesweite Interkulturelle Woche (IKW) ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie findet seit 1975 Ende September statt und wird von Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Integrationsbeauftragten und -beiräten, Migrantenorganisationen sowie Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen.

Im Rahmen der Interkulturellen Woche waren Vertreter der agah in vielen Veranstaltungen präsent:

19.02.2010	Interkulturelle Woche 2010, Bundesweite Vorbereitungstagung, Veranstalter*in: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
19.09.2012	"Herzlich Willkommen - Wer immer du bist!", Empfang im Rahmen der Interkulturellen Wochen Offenbach, Veranstalter*in: Stadt Offenbach
24.09.2013	"Vorstellung des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen" im Rahmen der Sprachenmesse der Interkulturellen Woche, Veranstalter*in: Netzwerk Integration Gießen
26.09.2013	"Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014", Vorbereitungstagung, Veranstalter*in: Interkultureller Rat in Deutschland
14.-15.02.2014	"Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern.", Bundesweite Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2014, Veranstalter*in: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
17.07.2015	"40 Jahre Interkulturelle Woche 2015", Festakt, Veranstalter*innen: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
29.09.2017	"Vertrauen gewinnen, Kompetenz stärken, Zukunft gestalten", Interkultureller Abend im Rahmen der interkulturellen Woche, Veranstalter*in: Polizeipräsidium Südothessen
01.10.2017	Religiöse Andacht im Rahmen der Interkulturellen Woche 2017, Veranstalter*innen: Ausländerbeirat Karben, Deutsch-Ausländischer Freundschaftskreis

Initiative „Sara Hagars Töchter. Religion. Politik. Gender.“

In der Initiative „Sara Hagars Töchter. Religion. Politik. Gender.“, einem interreligiösen Dialog mit sozialpolitischen Themen, wurde die agah zunächst durch das Vorstandsmitglied Sawsan Chahrour vertreten. Die Gruppe war als interreligiöse und überparteiliche Fraueninitiative entstanden. Ein solcher interreligiöser Dialog ist

auf Dauer nicht einfach am Leben zu erhalten. Die Sara-Hagar-Gruppe beweist jedoch das Gegenteil. Die Sara-Hagar-Gruppe zeigte, dass ein offener und ehrlicher Dialog möglich ist, wenn er aus Freiwilligkeit entsteht. In der Gruppe wurde festgestellt, dass viel mehr Gemeinsamkeiten bestehen, als gedacht. Probleme entstehen nicht aus den Religionen selbst, sondern rühren aus Politik, Gesellschaft und Familien, mitunter auch aus den eigenen Gemeinden her. Die Sara-Hagar-Gruppe will andere Frauen ermutigen und zeigen, wie wichtig Solidarität unter religiösen Frauen ist, gerade weil sie die Religiosität der anderen gut verstehen und respektieren. Die Mitglieder der Sara-Hagar-Gruppe haben unterschiedliche kulturelle, nationale und religiöse Hintergründe. All das trägt zum friedlichen Zusammenleben und zum Abbau von Ängsten vor Fremden und Unbekanntem bei. Dialog ist dabei besonders wichtig. Im Juli 2011 übernahm neben Sawsan Chahrour das agah-Vorstandsmitglied Yeliz Basar die Vertretung der agah in der Sara-Hagar-Gruppe. Die Vertretung der agah in der Sara-Hagar-Gruppe ging ab dem Jahr 2012 auf Yeliz Basar über.

Die Gruppe traf sich regelmäßig:

11.03.2010	Sara-Hagar Gruppe, Treffen, Rüsselsheim
18.10.2010	Sara-Hagar Gruppe, Treffen, Frankfurt am Main
30.11.2010	Sara-Hagar Gruppe, Treffen, Frankfurt am Main
31.01.2011	Sara-Hagar Gruppe, Treffen, Frankfurt am Main
23.02.2011	Sara-Hagar Gruppe, Treffen, Frankfurt am Main
19.04.2011	Sara-Hagar Gruppe, Treffen, Frankfurt am Main
31.05.2011	Sara-Hagar Gruppe, Treffen, Frankfurt am Main

3.18.5 Sonstiges

- Auf die Ankündigung eines Wächtersbacher Allgemeinarztes, kopftuchtragende Frauen und Mädchen nicht mehr zu behandeln, reagierte die agah am 03.09.2010 empört mit einer Pressemeldung. Der agah-Vorsitzende erklärte, die Idee sei skandalös und die Vorgehensweise absurd: wenn eine krebskranke deutsche Frau, die wegen Haarausfalls ein Kopftuch trägt, in diese Praxis kommt, dürfte ihre Behandlung nicht angenommen werden.
- In einer weiteren Pressemeldung am 06.08.2012 kommentierte die agah das Verhalten des CDU-Landtagsabgeordneten Irmer ("Unbelehrbar und unanständig"). Die agah forderte die hessische CDU auf, endlich Konsequenzen aus seinem Verhalten bzw. den jüngsten Hetztiraden gegen den Islam zu ziehen. Das Verhalten Irmers dürfe nicht mehr bagatellisiert werden. Die agah forderte die Landtagsfraktion der CDU weiterhin auf, Irmer mit sofortiger Wirkung von seiner Aufgabe als bildungspolitischer Sprecher der Fraktion zu entbinden. Abgeordnete, die religiöse Minderheiten beleidigen, haben keinen Platz im Hessischen Landtag verdient.

- Den offenbar religiös-politisch motivierten Anschlag auf die Pariser Redaktion des Satiremagazins "Charlie Hebdo" verurteilte die agah am 07.01.2015 in einer Pressemeldung scharf und bezeichnete den Anschlag als abscheuliche und widerwärtige Tat, die durch überhaupt nichts zu rechtfertigen ist. Gewalt darf niemals ein Mittel der politischen oder religiösen Auseinandersetzung sein. Auch dann nicht, wenn sich manche durch Karikaturen in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlen. Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit können nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie sind höchste Güter in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.
- Am 24.02.2016 reagierte die agah mit einer Pressemitteilung auf Angriffe auf ein Flüchtlingsheim und Ahmadiyya-Gebetsraum in Nieder-Florstadt und forderte ein schnelles, entschiedenes Handeln. Rassismus und Gewalt dürften in Hessen keinen Platz bekommen. Die Taten müssten schnell und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln geahndet werden. Die agah erneuerte die Forderung, in Hessen die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ganz oben auf die politische Agenda zu setzen und für mehr Prävention und ausreichende rechtliche Instrumentarien zu sorgen, um gegen Fremdenfeindlichkeit wirksam vorgehen zu können.
- Die Vertreter/innen der agah nutzten während des gesamten Berichtszeitraums intensiv und umfangreich Möglichkeiten der Teilnahme an Veranstaltungen und führten unzählige Gespräche, um der Ausprägung von Feindbildern entgegen zu wirken und zu einer Versachlichung der Diskussion zum Islam beizutragen. An dieser Stelle sind zu nennen:
 - 11.05.2010
"Frau im Islam", Veranstaltung mit Referat, Veranstalter*in: Landfrauenverein Kleinostheim
 - 10.06.2010
"50 Jahre Mitten im Leben", Festakt, Veranstalter*in: Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
 - 15.06.2010
Fraport, Gespräch
 - 26.06.2010
Mitgliederversammlung, Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland
 - 27.08.2010
Iftar-Empfang, Veranstalter*innen: Emir Sultan Moschee u. Islamische Religionsgemeinschaft Hessen
 - 02.09.2010
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Arbeitsgemeinschaft der Türkischen Moscheevereine in Frankfurt
 - 02.09.2010
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Generalkonsulat der USA

- 03.09.2010
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Frankfurter Verband
- 07.09.2010
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: DITIB Landesverband Hessen e.V.
- 09.09.2010
Bayram-Empfang, Veranstalter*in: Generalkonsulat der Republik Türkei
- 25.09.2010
Interview, Muslim Television Ahmadiyya International (Deutschland), zu den Themen "Zwangsheirat im Islam" und "Sarrazin-Debatte"
- 20.11.2010
Opferfest-Empfang, Veranstalter*in: Islamische Religionsgemeinschaft Hessen
- 17.03.2011
"Gerechtigkeit! - Der Beitrag von Judentum, Christentum und Islam", Diskussionsveranstaltung, Veranstalter*innen: Diakonisches Werk und Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Pfarrerin für Ökumene und interreligiösen Dialog des Evangelischen Dekanates Offenbach, Pfarrerin für interreligiösen Dialog der Evangelischen Kirche Frankfurt, Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Diakoniekirche Offenbach, Kompetenzzentrum muslimischer Frauen in Kooperation mit Grüner Halbmond e.V.
- 30.03.2011
Verabschiedungsfeier von Prof. Dr. Franz Segbers, Veranstalter*in: Diakonisches Werk Hessen Nassau
- 02.04.2011
"Ausländerbeirat", Seminar, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat, Frankfurt am Main
- 17.05.2011
"Stellung der Frau im Islam", Veranstalter*in: Landfrauenverein Marköbel
- 18.06.2011
Eröffnungszeremonie für die Bait-ul-Ghafur Moschee, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland (Region Hessen-West), , Ginsheim-Gustavsburg
- 25.05.2011
"Gehört der Islam zu Deutschland?", Vortragsabend, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Offenbach
- 25.06.2011
Jahresversammlung, Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland, Karlsruhe

- 20.07.2011
"Weiterleben - Weitergeben, Jüdisches Leben in Deutschland", Eröffnung der Ausstellung, Veranstalter*innen: Jüdische Gemeinde Offenbach, Zentralrat der Juden in Deutschland, Stadt Offenbach
- 01.08.2011
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: DITIB Landesverband Hessen e.V.
- 18.08.2011
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V.
- 23.08.2011
Empfang, Veranstalter*in: Evangelische Kirchen in Hessen
- 28.08.2011
Iftar-Empfang, Veranstalter*innen: Buhara Moschee Islamische Gemeinschaft in Gießen, Islamische Gemeinschaft Gießen, Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH)
- 01.09.2011
"10 Jahre nach 9/11 - Der Westen und die islamische Welt", Podiumsdiskussion, Veranstalter*innen: Generalkonsulat der USA in Zusammenarbeit mit dem Medienpartner Frankfurter Rundschau, American Chamber of Commerce in Germany, American-German Business Club, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Harvard Club Rhein-Main, Princeton Alumni, Association of Germany, Steuben-Schurz-Gesellschaft und Yale Club of Germany
- 03.09.2011
Informationsveranstaltung über den Ramadan, Veranstalter*in: Frauenorganisation der Ahmadiyya Muslim Jamaat
- 06.09.2011
"Der Islam" im modernen Rechtsstaat - Verwirklichung und Begrenzung religiöser Ansprüche im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung", Fachtagung, Veranstalter*in: Landesamt für Verfassungsschutz
- 15.09.2011
"Christentum, Islam und Judentum - Gleichberechtigte Partner für erfolgreiche Integration (?)", Diskussionsveranstaltung, Veranstalter*innen: Forum für mehr Integration, Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem Club Voltaire
- 18.09.2011
"Gaben entfalten - Engagement gestalten", Diakoniegottesdienst mit anschließendem Jahresempfang, Veranstalter*innen: Diakonisches Werk Hessen und Nassau, Diakonisches Werk Kurhessen-Waldeck
- 06.11.2011
"25 Jahre Marburger Moschee & Opferfest", Festveranstaltung, Veranstalter*in: Islamische Gemeinde Marburg

-
- 09.11.2011
Opferfestfeier, Veranstalter*in: Arbeitsgemeinschaft der Türkischen Moscheevereine in Frankfurt
 - 28.07.2012
Stadt-Iftar bzw. Ramadanzelt im Rahmen der Initiative "Sichtbare Integration...", Iftar-Essen, Veranstalter*innen: Buhara Moschee Gießen, DITIB Gießen, Islamische Gemeinde Gießen, IRH e.V., Marokkanische Studierende u. Akademiker Gießen
 - 02.08.2012
"4. Marburger Ramadanzelt 2012", offizielle Eröffnungsfeier, Veranstalter*in: Orientbrücke Marburg e.V.
 - 08.08.2012
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: DITIB Landesverband Hessen e.V.
 - 11.08.2012
Iftar-Empfang, Veranstalter*innen: Ausländerbeirat Steinbach, DITIB Landesverband Hessen e.V.
 - 26.10.2012
"Gemeinsames Opferfestfeier", Veranstalter*in: Yunus Emre Zentrum e.V.
 - 17.12.2012
"Jamea Ahmadiyya Hochschule" Institut für Imamausbildung in Deutschland, Eröffnung der Hochschule, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat in der BRD e.V.
 - 17.12.2012
"So wie ich will - Mein Leben zwischen Moschee und Minirock", Lesung und Diskussion, Veranstalter*innen: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Karl-Herrmann-Flach-Stiftung
 - 22.02.2013
"Gülen, Graue Wölfe, Islamismus,...", Symposium, Veranstalter*in: Alewitische Jugend Frankfurt e.V.
 - 19.06.2013
"Zentrum für Islamische Studien", Eröffnungsfestakt, Veranstalter*innen: Goethe-Universität-Frankfurt, Justus-Liebig-Universität Gießen
 - 12.-14.07.2013
"Viele Religionen-ein Raum?!", Tagung, Veranstalter*innen: Herbert Quandt Stiftung, Philipps Universität Marburg
 - 27.07.2013
"Der Schöpfung zuliebe, dem Menschen zugute!", Stadt-Iftar, Veranstalter*innen: Buhara Moschee, DITIB Gießen, Islamische Gemeinde Gießen, Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) e.V., MSAK - Gießen e.V.

- 31.07.2013
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Interkulturelles Altenpflegezentrum Victor-Gollancz-Haus
- 05.08.2013
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: DITIB Landesverband Hessen e.V.
- 30.08.2013
Neugründung der Diakonie Hessen aus den bisherigen Diakonischen Werken in Hessen und Nassau und in Kurhessen-Waldeck, Gottesdienst und Fusionsfest, Veranstalter*in: Diakonie Hessen
- 02.09.2013
"Im Schatten der Feigenbäume und Weinreben...", Empfang und Ausstellungseröffnung im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Trabut - Zeit für jüdische Kultur", Veranstalter*in: Jüdische Gemeinde Wiesbaden
- 02.11.2013
Opferfestempfang, Veranstalter*in: Ahmadiyya Gemeinde Wetzlar
- 06.12.2013
Einweihung des alevitischen Gemeindehauses Darmstadt, Einweihungsfeier, Veranstalter*in: Alevitische Gemeinde Darmstadt u. Umgebung e. V.
- 11.01.2014
Neujahrsempfang, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Frankfurt am Main
- 27.05.2014
Grundsteinlegung einer neuen Moschee, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland Frankfurt am Main
- 28.06.2014
Stadt Frankfurt am Main, Fastenbrechen
- 01.07.2014
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: DITIB Landesverband Hessen e.V.
- 17.09.2014
"Wie hast du's mit der Religion", Informationsveranstaltung, Veranstalter*innen: Stadt Kassel - Zukunftsbüro, Evangelisches Forum
- 05.10.2014
Opferfestempfang, Veranstalter*innen: Islamische Religionsgemeinschaft Hessen und Emir Sultan Moschee Darmstadt
- 14.10.2014
"40-jähriges Jubiläum", Festakt, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Offenbach
- 16.01.2015
"Islamismus / Salafismus - Teil 1", öffentliche Anhörung, Veranstalter*innen: Innenausschuss, Kulturpolitischer Ausschuss und Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss des Hessischen Landtags

- 20.01.2015
Neujahrsempfang, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Offenbach
- 23.02.2015
"Islam zwischen Selbstbild und Zuschreibung - Herausforderungen für die Bildungsarbeit", Fachtagung, Veranstalter*innen: lea gemeinnützige bildungsgesellschaft mbH der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen
- 06.03.2015
"Ausländerbeiratswahlen 2015", Informationsveranstaltung, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat, Frankfurt am Main
- 26.03.2015
"Gemeinsam für eine respektvolle und gewaltfreie Streitkultur - Der Koran fordert zur sachlich-intellektuellen Auseinandersetzung heraus", Vortragsveranstaltung im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus, Veranstalter*in: Ausländerbeirat Wetzlar
- 01.06.2015
"Jalsa Salana 2015", 40. jährliche Versammlung, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat, Hofgeismar
- 01.07.2015
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Türkisch-Deutsche-Gesundheitsstiftung
- 01.07.2015
"Salafismus und radikal islamistische Bewegungen als neue Formen von Extremismus", Fachveranstaltung, Veranstalter*in: Kreisausländerbeirat Offenbach
- 04.07.2015
"25-jähriges Jubiläum der Iftar-Tradition in und aus Gießen", Stadtiftar, Veranstalter*innen: Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, Buhara Moschee, Islamische Gemeinde Gießen
- 15.07.2015
Iftar-Empfang, Veranstalter*innen: Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e.V. und St. Petrus & Paulus Gemeinde Butzbach
- 21.07.2015
Id-ul-Fitr Fest (Zuckerfest), Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Mainspitze
- 22.7.2015
Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung, Sommerempfang
- 01.10.2015
"Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt.", Friedensgebet der Religionen, Veranstalter*innen: Ausländerbeirat Hofheim, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Stadt Hofheim

- 02.10.2015
Richtfest des neuen Marburger Kultur- und Bildungszentrum mit Moschee, Veranstalter*innen: Universitätsstadt Marburg und Islamische Gemeinde Marburg e.V.
- 13.01.2016
Neujahrsempfang, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Wiesbaden
- 06.03.2016
"Interkulturelle Frühlingsfeier im Zeichen humanitärer Krisen", Veranstalter*in: Erhard Brunn Interkulturelle Kooperationen
- 14.04.2016
Gottesdienst Marktkirche mit anschließendem Empfang im Hessischen Landtag - Verabschiedung Dr. Gern, Veranstalter*in: Diakonie Hessen
- 16.06.2016
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Frankfurter Verband
- 16.06.2016
Eröffnung des Marburger Ramadanzeltens 2016, Veranstalter*in: Islamische Gemeinde Marburg e. V.
- 02.07.2016
Iftar-Empfang, Veranstalter*innen: Ausländerbeirat Rödermark, Verein Hekimhaner in Europa, Kozdere Solidaritäts-Verein in Europa e.V., Stadt Rödermark
- 08.07.2016
"Id-ul-Fitr Fest", Zuckerfest - Abschluss des Fastenmonats Ramadan, Veranstalter*in: Ahmadiyya Muslim Jamaat Mainspitze
- 06.12.2016
"Ökumenischer Betriebsräte-Empfang 2016", Empfang, Veranstalter*innen: Evangelische Kirche Frankfurt am Main, Katholische Kirche in Frankfurt am Main
- 10.06.2017
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Ausländerbeirat Rödermark
- 27.06.2017
Evangelische Kirchen in Hessen, sommerlicher Empfang
- 31.08.2017
"Antimuslimischer Rassismus - Ursachen und Folgen", Infoabend, Veranstalter*in: Islamische Informations- u. Serviceleistungen e.V.
- 01.10.2017
Religiöse Andacht im Rahmen der Interkulturellen Woche 2017, Veranstalter*innen: Ausländerbeirat Karben, Deutsch-Ausländischer Freundschafskreis (DAF)
- 26.05.2018
Iftar-Empfang, Veranstalter*innen: Ausländerbeirat Rödermark, Verein

Hekimhaner in Europa, Koedere Solidaritäts-Verein in Europa, die Integrationsbeauftragte, die Stadt Rödermark, Schillerhaus, Verein Alle für Alle

- 08.06.2018
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V.
- 08.06.2018
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V., Landesverband Hessen
- 09.06.2018
Iftar-Empfang, Veranstalter*in: Türkische Gemeinde Hessen
- 20.06.2018
St. Thomas Morus-Empfang, Veranstalter*in: Kommissariat der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen